



**Rundschreiben Nr. 3/
2002
der Kommission
SRO/SLV**

An die angeschlossenen
Finanzintermediäre der SRO/SLV
sowie die FI-Prüfstellen

Zürich, 23. April 2002 – MH/BT/nh

**IDENTIFIKATIONSPFLICHT DES VERTRAGSPARTNERS UND
FESTSTELLUNG DES WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN**
(ergänzt Rundschreiben vom 20.6.00)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidgenössische Kontrollstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei hat kürzlich Entscheide betreffend Identifikation von Flüchtlingen und die für die Nachidentifikation von Postkunden rechtsgenügenden Identifikationsdokumente getroffen. Generelle Lockerungen werden nach wie vor abgelehnt. Diesbezüglich laufen noch Gespräche (vor allem betreffend Identifikation über den Führerausweis und Teledata-Ausdrucke). Gleichzeitig haben sich in den Schulungen verschiedene Fragen für unterschiedliche Geschäftsvorgänge ergeben, sodass wir mit diesem Rundschreiben unsere bisherigen Dokumentationen, insbesondere das Selbstregulierungsreglement vom 15. Dezember 1999 sowie unser Rundschreiben vom 20. Juni 2000 zu ergänzen haben. Das vorliegende Rundschreiben gliedert sich (A) in einen formellen Teil zu den Identifikations-Dokumenten („formelle Identifikationspflicht“) und (B) in einen materiellen Teil zu einzelnen Geschäftsvorfällen („materielle Identifikationspflicht“) sowie (C) in einen internationalen Teil betreffend internationale Verhältnisse.

A Formelle Identifikationspflicht

1. Keine Identifikation mit Führerausweis

Rechtsgenügende Identifikationsausweise sind derzeit unter dem GwG ausschliesslich ein gültiger Pass, eine gültige Identitätskarte oder anerkannte Flüchtlingsdokumente für natürliche Personen bzw. ein Handelsregisterauszug (Original oder ZEFIX-Ausdruck bzw. Hilfsdokumente gemäss RZ 9 des Selbstregulierungsreglementes SRO/SLV vom 15. Dezember 1999) für juristische Personen.

2. ZEFIX-Online-Abruf

Gemäss Information der eidgenössischen Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei ist der (ausgedruckte) „Online-Abruf des Internet-Vollauszuges zum Preis von CHF 20.00“ aus ZEFIX (www.zefix.ch) im Sinne von Ziff. 9 des Reglementes SRO/SLV als Identifikationsdokument dem beglaubigten Handelsregisterauszug gleichwertig. Teledata-Ausdrucke sind weiterhin nicht zur Identifikation zugelassen

(**Beilage 1:** Schreiben der eidg. Kontrollstelle an die Leiterin der Fachstelle vom 5. März 2002).

3. Identifikation öffentlichrechtlicher Vertragspartner

Oeffentlichrechtliche Vertragspartner (z.B. Polizei, Feuerwehr, Botschaften, Schulen, Gerichte) sind nur in Ausnahmefällen im Handelsregister eingetragen. Sind keine Ersatzdokumente vorhanden (z.B. Anerkennung einer Botschaft durch den Bundesrat), so können sie analog börsenkotierten juristischen Personen gemäss RZ 15 des Selbstregulierungsreglementes SRO/SLV vom 15. Dezember 1999 als bekannt qualifiziert werden. Wir empfehlen Ihnen, diesfalls anhand von aussagekräftigen Dokumenten zu prüfen, ob die handelnden Personen eine Vollmacht haben. Solche Dokumente können bei der Verwaltungsdirektion oder beim Sekretariat des für das Geschäft zuständigen Organs beschafft werden.

4. Identifikation von Ausländern und Flüchtlingen

Ausländerausweise (**Beilage 2: Muster**) sind keine beweiskräftigen Dokumente für die Identifikation im Sinne von RZ 9 des Selbstregulierungsreglementes SRO/SLV vom 15. Dezember 1999.

Anerkannte Flüchtlinge resp. vorläufig aufgenommene Flüchtlinge können aber den **Reiseausweis** als Passersatz für den Grenzübertritt benützen (**Beilage 3: Muster**). Dieses Dokument kann gemäss Auskunft des Bundesamtes für Flüchtlinge, Dienst Schweizerische Reisepapiere, zusammen mit der kantonalen Aufenthaltsbewilligung als Identifikationspapier vorgelegt werden. Damit handelt es sich bei Reiseausweisen im Sinne des beiliegenden Musters zusammen mit der kantonalen Aufenthaltsbewilligung um beweiskräftige Identifikationsdokumente im Sinne von Art. 3 Abs. 1 GwG, welche einem Pass oder einer Identitätskarte gleichgestellt sind.

Für Kosovaren gelten die vorstehenden Ausführungen sinngemäss für das von den Bundesbehörden ausgestellte Unmix Travel-Dokument (**Beilage 4: Muster**).

B Materielle Identifikationspflichten

5. Kassageschäfte

Gemäss RZ 12 des Selbstregulierungsreglementes SRO/SLV sind alle Formen von Geschäften mit Bargeld (inkl. Checks), Inhaberpapieren oder Edelmetallen Kassageschäfte. Darunter fallen der Geldwechsel sowie das Einlösen eines Checks oder der Handel mit WIR-Dokumenten. Beim Abschluss solcher Geschäfte ist die Identität der Vertragspartei festzustellen, wenn ein oder mehrere Geschäfte, die miteinander verbunden erscheinen, einen Betrag von CHF 25'000.00 überschreiten. Bei Geldwechselgeschäften beträgt die Identifikationslimite CHF 5'000.00. Die Bar-Einzahlung von Leasingraten oder Anzahlungen im Rahmen von bestehenden Kundenbeziehungen sind jedoch keine solchen Kassageschäfte. **Unabhängig von der Höhe und Zahlungsart (bar/Banküberweisung) allfälliger Raten- bzw. Anzahlungen** ist der Kunde bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen bei Leasing-, Factoring- und Handelsfinanzierungsverträgen jedem Fall zu identifizieren.

6. Identifizierung des Vertragspartners und Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten bei Sicherungsgeschäften

Bei Sicherungsgeschäften sind folgenden beiden Fälle zu unterscheiden:

- 1) Ist der aus Sicherungsgeschäften (z.B. Bürgschaft, solidarische Mithaftung, Garantie) Verpflichtete auf dem Vertragsformular als Vertragspartei aufgeführt (z.B. als „Vertragspartei Nr. 2“), so ist er wie der Haupt-Vertragspartner zu identifizieren.
- 2) Ist der aus Sicherungsgeschäften Verpflichtete nicht als Vertragspartei bezeichnet, so ist er nicht Vertragspartei und demzufolge *nicht* zu identifizieren. Kommt es zur Inanspruchnahme des aus Sicherungsgeschäft Verpflichteten und leistet dieser die von der Hauptvertragspartei geschuldeten Zahlungen, so ist gemäss Art. 4 GwG der wirtschaftlich Berechtigte festzustellen.

7. Handels- und Absatzfinanzierung, Inkassogeschäft

Der beim Finanzintermediär eingegangene Vermögenswert ist die Kundenforderung des Gläubigers. Demzufolge ist der bisherige Forderungsgläubiger als Vertragspartner des Finanzintermediärs und nicht der Forderungsschuldner (Endkunde) zu identifizieren.

8. Folge- und Kettengeschäfte

Gemäss Art. 3 GwG ist die Vertragspartei bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zu identifizieren. Schliesst dieselbe und nach GwG rechtsgültig identifizierte Vertragspartei gleichzeitig oder zeitlich aufeinanderfolgend mehrere Geschäfte mit dem gleichen Finanzintermediär ab, so ist sie beim Abschluss solcher Folge- oder Parallelgeschäfte nicht mehr zu identifizieren. Dies gilt auch bei blossen Änderungen des Firmennamens. Erneut zu identifizieren ist die Vertragspartei aber dann, wenn sich die aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten (z.B. personelle Besetzung der Organe, Fusionen, Abspaltungen oder Uebernahmen von Unternehmensteilen) geändert haben oder wenn das Folgegeschäft nicht unmittelbar nach Beendigung eines bisherigen Geschäftes abgeschlossen wird.

9. Identifikationspflicht im Konzern

Gemäss RZ 15 Abs. 2 des Selbstregulierungsreglementes SRO/SLV muss eine Vertragspartei nicht identifiziert werden, wenn sie bereits im Rahmen des Konzerns, dem der Finanzintermediär angehört, identifiziert wurde. Jede Einheit des von dieser Identifizierung betroffenen Konzerns muss eine Kopie der Unterlagen aufbewahren, die zur ursprünglichen Identifizierung gedient haben.

10. Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

Betreffend die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten gemäss Art. 4 des Geldwäschereigesetzes und RZ 17 – 23 des Selbstregulierungsreglementes vom 15. 12. 1999 weisen wir Sie bezüglich Leasing darauf hin, dass nicht die materielle Berechtigung am Leasingobjekt, sondern die Berechtigung am eingebrachten Geld (Anzahlung, Leasingraten) massgeblich ist. Weitere Hinweise gibt Ihnen das beigefügte

Formular in Deutsch und Französisch. Wir empfehlen Ihnen, dieses Formular zu benutzen (**Beilagen 5 und 6 : Formulare WB in deutsch und französisch**).

C Internationale Verhältnisse

11. Anwendungsbereiche des Geldwäschereigesetzes (GwG) bei internationalen „Verhältnissen“

Massgebend für den Geltungsbereich des GwG ist der schweizerische Tätigkeitsort des Finanzintermediärs. Massgebend sind somit nicht Sitz, Wohnsitz, Aufenthalt, Niederlassung, Nationalität etc. des Finanzintermediärs oder seiner Vertragspartei, auch nicht die Frage, ob bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs über ein Konto im In- oder Ausland verfügt wird, sondern **ausschliesslich** der Ort, an welchem der Finanzintermediär die dem GwG unterstellte Tätigkeit ausübt. Tut er dies in der Schweiz, ist das GwG anwendbar.

Für Fragen oder weitergehende Auskünfte stehen Ihnen die Fachstelle SRO/SLV und die Kommission SRO/SLV gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Martin Vollenwyder
Präsident SRO/SLV

Dr. Brigitte Tanner
Leiterin Fachstelle SRO/SLV

Beilagen 1 – 6 erwähnt

z.K.: an alle Mitglieder der Fachstelle SRO/SLV
an alle Mitglieder Kommission SRO/SLV